



## **Beratendes Mitglied**

Herr Sebastian Heydel	entschuldigt
Herr Sebastian Loik	unentschuldigt abwesend
Frau Jana Richter-Wehnert	unentschuldigt abwesend
Frau Theresia Schumann	entschuldigt
Frau Christa Süß	entschuldigt

## **Mitglieder der Verwaltung**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Eric Hoffmann	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	Zu allen TOP
Martin Hofmann	SB Rechnungsprüfungsamt	Zu allen TOP

## **weitere Sitzungsteilnehmer**

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Sabine Schott, Freie Presse	Öffentlicher Teil
Lisett Baumbach, Deutscher Kinderschutzbund OV Plauen e.V.	TOP 2.
Evelin Horo, ehem. Schülersprecherin F.-Rückert-Oberschule	TOP 2.
Fabrice Riley Franke, Schülersprecher Friedensschule-Oberschule	TOP 2.

## **Tagesordnung:**

### **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Beantwortung von Anfragen
- 1.3. Informationen des Bürgermeisters
2. Vorstellung Ergebnisse Projekt Kinderkonferenz 2023  
Vortragende: Fabrice Riley Franke (Schülersprecher, Friedensschule – Oberschule)  
Evelin Horo (ehem. Schülersprecherin, Oberschule „Friedrich Rückert“)  
Gast: Lisett Baumbach, Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Plauen e.V.
3. Vorberatung
- 3.1. Satzung zur 5. Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die 4. Änderungssatzung vom 19.11.2019, 0944/2023  
- Antrag der SGI-Fraktion, Reg.-Nr. 364-23 - Stellungnahme der Verwaltung  
- Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 367-23 - Stellungnahme der Verwaltung
- 3.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Wohnungslosenunterkünfte -,  
Reg.-Nr. 366-23 - Stellungnahme der Verwaltung
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, begrüßt zunächst alle anwesenden Stadträte, berufenen Bürger und Bürgerinnen, die Gäste und die Presse.

Die 38. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Herr Stadtrat Thomas Fiedler, SGI-Fraktion und Herr Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, bestellt.

### **1.1. Tagesordnung**

Herr Bürgermeister Kämpf weist darauf hin, dass die korrekte Reg.-Nr. zum TOP 3.2. 366-23 lautet und nicht 066-23. Es handelt sich um einen Tippfehler in der Einladung.

Die restliche Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

### **1.2. Beantwortung von Anfragen**

Es gibt keine offenen Anfragen.

### **1.3. Informationen des Bürgermeisters**

Informationen des Bürgermeisters gibt es keine im öffentlichen Teil.

## **2. Vorstellung Ergebnisse Projekt Kinderkonferenz 2023**

**Vortragende: Fabrice Riley Franke (Schülersprecher, Friedensschule – Oberschule)  
Evelin Horo (ehem. Schülersprecherin, Oberschule „Friedrich Rückert“)**  
**Gast: Lisett Baumbach, Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Plauen e.V.**

Herr Bürgermeister Kämpf bedankt sich beim Deutschen Kinderschutzbund Ortsverband Plauen e.V., der die Kinderkonferenz in der Festhalle federführend organisiert hat. Er sagt, es gehört zu einer familienfreundlichen Stadt, dass man den Kindern und Jugendlichen eine Stimme gibt, die auch gehört wird. Das Entscheidende dabei war, dass die Kinder und Jugendlichen diskutiert haben, aber auch Themen hervorgebracht haben, die veränderungswürdig sind.

Dabei wurde gut abgegrenzt, welche Aufgaben die Stadt hat bzw. welche Aufgaben das Land und der Bund tragen. Zudem wurden Probleme angesprochen, die einer Klärung mit der Schule bedürfen. Das Informieren, aber auch das Erlernen von demokratischen Prozessen gehören zu einem entscheidenden Aspekt, so Herr Bürgermeister Tobias Kämpf weiter.

Natürlich gibt es gewisse Punkte, welche die Stadtverwaltung betreffen und die zu korrigieren sind. Diese Punkte wurden bei der Kinderkonferenz und im Nachgang herausgearbeitet und werden im heutigen Bildungs- und Sozialausschuss ausführlich erläutert.

Herr Fabrice Riley Franke, Schülersprecher der Friedensschule-Oberschule und Frau Evelin Horo, ehemalige Schülersprecherin Oberschule Friedrich-Rückert, stellen die Ergebnisse aus der Kinderkonferenz anhand einer Präsentation vor, die nachträglich allen Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Ergänzend wünschen sich die beiden Schüler, dass die Kinderkonferenz jährlich stattfindet.

Herr Stadtrat Thomas Fiedler, SGI-Fraktion, möchte wissen, welchen Vorteil die FuxNoten

darstellen sollen. Er fragt, ob es korrekt ist, dass jeder Lehrer die Noten von allen Schülern und Schülerinnen in allen Fächern einsehen kann.

Frau Horo korrigiert ihre Aussage. Sie erklärt, dass es sich bei den FuxNoten um eine Website, ein sogenanntes digitales Notenbuch handelt. Dafür muss die Schule jährlich eine Gebühr bezahlen. Die Klassenlehrer, Schüler und Schülerinnen sowie die Eltern haben Zugriff auf das Notenbuch. Die Fachlehrer dagegen haben nur Zugriff auf ihre selbst vergebenen Noten. Somit bleibt auch der Datenschutz gewahrt, so Frau Horo weiter.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SGI-Fraktion, ihm ist bekannt, dass das Portal „LernSax“ vom Freistaat Sachsen an den Schulen zur Verfügung gestellt wird. Auch wenn dieses Portal nicht ganz zufriedenstellend ist, möchte er dennoch wissen, inwiefern dieses Schulportal landesweit erweitert werden könnte.

Weiter stellt er fest, dass auf der 1. Präsentationsfolie viele Mängel angesprochen wurden, welche die Stadtverwaltung betreffen. Gerade bei dem Thema Sauberkeit hätte er bereits Fortschritte erwartet. Er bittet um Einschätzung seitens der Verwaltung.

Herr Bürgermeister Tobias Kämpf nimmt den Wunsch betreffend der FuxNoten gern mit und wird es bei den nächsten Schulleiterberatungen ansprechen. Dennoch kann die Stadt selbst über die Erweiterung des FuxNoten Portals nicht entscheiden.

Die Themen Sauberkeit und Ordnung hat er schon zu der Kinderkonferenz mitgenommen und an die Gebäude- und Anlagenverwaltung weitergeleitet. Es wurden Maßnahmen eingeleitet, sodass die Reinigungskräfte die Sanitäranlagen bereits öfters kontrollieren. Das Grundproblem sieht er im Personalmangel. Dennoch müssen natürlich ausreichend Hygienemittel vorhanden sein und regelmäßig überprüft sowie ggf. nachgefüllt werden. Er würde die Situation jedoch nicht pauschalisieren, da dies nicht auf jede Schule zutrifft. Ferner appelliert er an die Schüler und Schülerinnen, die Sanitäranlagen in Eigenverantwortung sauber zu halten und nicht mutwillig zu verunreinigen oder zu zerstören. Aktuell ist die Stadtverwaltung mit der Gebäude- und Anlagenverwaltung in Abstimmung, um die Mängel schnellstmöglich zu beheben.

Zum Thema Eigenverantwortung schließt sich Frau Horo der Meinung von Herrn Bürgermeister Kämpf an. Aufgrund der hohen Schüleranzahl können die Lehrkräfte und Schulleitungen nicht gewährleisten, ständig zu kontrollieren. Es wird immer Schüler geben, die sich nicht an die Regeln halten und wiederum andere, die Zivilcourage zeigen und die Probleme selbst beheben, so Frau Horo weiter. Dennoch sollte die Kollektivstrafe in Bezug auf die Fehlhandlung mit den Hygienemitteln nochmal überdacht werden.

Herr Stadtrat Hermann, fragt nochmal nach, ob die Noten auch im Portal „LernSax“ integriert werden können, anstatt 2 Portale zu verwenden.

Frau Horo erklärt, dass „LernSax“ und „FuxNoten“ zwei komplett verschiedene Formate sind. In LernSax könnte man die Noten nicht einstellen. Zudem wird es nach der Corona Pandemie nur noch selten genutzt.

Herr Fabrice Riley Franke ergänzt, dass sich der Landesschülerrat bereits zum Thema LernSax verständigt hat. Tatsächlich wird LernSax nicht mehr in dem Umfang angewandt, wie es ursprünglich geplant war. Es wird zu wenig und hauptsächlich nur noch zur E-Mail Übertragung von Schülern und Lehrern genutzt. Ursprünglich war LernSax für die Übermittlung der Aufgaben und um den Unterrichtsstoff zu behandeln vorgesehen. Dadurch diese Plattform jedoch zu gering genutzt wird, sieht er die Integration der Noten darin eher kritisch an.

Herr Bürgermeister Kämpf kann das leider nicht einschätzen. Das obliegt der Verantwortung der Schulleitungen selbst. Er sagt, es sollte aktiv der Kontakt zu Lehrkräften und Schulleitung gesucht werden, falls die Lernplattform einer Überarbeitung bedarf.

Herr Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., bedankt sich bei den beiden Jugendlichen für die Präsentation. Zum Thema FuxNoten bittet er die Stadtverwaltung, über KISA Lösungen für die Schulen zu finden. Ferner bemängelt er Defizite, welche die Verwaltung zu verantworten hat und dass diese nicht immer zeitnah abgestellt werden. Die Reinigungskräfte klagen oft über schlechte Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten. Er sieht die Stadtverwaltung in der Pflicht, diese Aspekte bei der Ausschreibung stärker zu berücksichtigen. Weiter spricht er sich dafür aus, das Projekt „Frische Früchtchen“ auf alle Plauener Schulen auszuweiten. Daher fragt er beim Bürgermeister an, ob es vorstellbar wäre, mit der Rückertschule in Verbindung zu treten und abzuklären, wie das Projekt organisiert wird und ob man es an anderen Plauener Schulen integrieren könnte.

Zudem ist er auch der Ansicht, dass die Kinderkonferenz öfter stattfinden sollte, um so die Kinder- und Jugendbeteiligung abzubilden. Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein Muss und keine freiwillige Aufgabe. Zudem sollten noch andere Wege gefunden werden, um die Kinder und Jugendlichen dauerhaft in Einrichtungen oder Gremien zu beteiligen, so Herr Legath weiter.

Herrn Stadtrat Fiedler ist bekannt, dass der Fruchtgroßhandel Macao regelmäßig Fruchtkörbe an die Kinder- und Jugendeinrichtungen spendet. Vielleicht können sich interessierte Schulen an die Firma Macoo wenden und anfragen, ob sie auch einen Obstkorb bekommen könnten.

Die beiden Jugendlichen nehmen diesen Hinweis gern mit. Ihnen ist bewusst, dass sie sich kein kostenloses Mittagessen wünschen können, aber ein Fruchtkorb ist vielleicht etwas günstiger und für die Förderung der gesunden Ernährung ein super Projekt, so Frau Horo weiter.

Herr Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, bedankt sich ebenfalls für die Präsentation. Zu den Themen Ordnung und Sicherheit kann er sich nur anschließen. Auch er kritisiert, dass die Stadtverwaltung oft nicht zeitnah auf die Mängel reagiert und diese abstellt. Betreffend dem Projekt „Frische Früchtchen“ möchte er gern wissen, ob die Schüler einen Eigenanteil aufbringen müssen bzw. wie hoch die Beteiligung ist.

Ferner erwähnt er die schlechten Ergebnisse der Pisa-Studie aus 2022. Er war im Sommer mit dem Ausschuss in Dresden und dem Herrn Kultusminister Piwarz in dem Land, das in Europa am besten bei der Pisa-Studie abgeschnitten hat. In diesem Land wird von der 1. bis zur 12. Klasse ein kostenloses Mittagessen angeboten. Seine Fraktion hatte dies auch schon öfters angebracht, jedoch wurde dies immer abgelehnt.

Aus diesem Grund fragt er an, ob ein Pilotprojekt vorstellbar wäre, bei dem die Schüler der 9. Klassen für alle Schüler der Schule Essen kochen. So ein Projekt gebe es bereits an einer Leipziger Schule.

Herr Frank findet die Idee grundlegend gut. Dennoch ist die Umsetzung mit einem immensen Aufwand verbunden. Zudem muss immer eine Aufsichtsperson in der Küche anwesend sein. Hinzu kommt, dass verschiedene Menüs angeboten werden müssten. Von der Organisation ganz abzusehen, fällt die Anzahl der Schüler, die Mittag in der Schule essen, eher gering aus.

Herr Stadtrat Schaufel versteht die Bedenken des Schülers und schlägt dafür eine Testwoche vor. In Leipzig hat sich dadurch die Teilnahme der Schüler am Mittagessen auf 80 % erhöht.

Frau Horo findet die Idee mit dem kostenlosen Mittagessen gut, hat dennoch ebenfalls Zweifel in Hinsicht auf die Beteiligung. Nicht alle Schüler sind so engagiert, das stellt die Schule vor eine Herausforderung. Zum Projekt „Frische Früchtchen“ ergänzt sie, dass die Schüler für Obst nichts bezahlen müssen. Das Projekt führt auf eine Privatinitiative zwischen einer Lehrerin der Rückertschule und einem Supermarkt zurück. Das Obst ist immer frisch und wird sehr gut von den Schülern und Schülerinnen angenommen.

Herr Stadtrat Legath fügt hinzu, dass dieses Projekt bereits seit 2-3 Jahren existiert. Er möchte gern dafür werben, um weitere Supermärkte vom Projekt zu überzeugen, sodass alle Schulen

davon profitieren können.

Herr Bürgermeister Kämpf sagt, dass er in der Kinderkonferenz durchaus ein gutes Format für die Kinder- und Jugendbeteiligung sieht. Er ist optimistisch, dass man die Kinderkonferenz in den kommenden Jahren in der Festhalle anbieten könnte. Darüber hinaus gebe es bereits Strukturen in Form von Klassensprecher bzw. Schülersprecher, die demokratisch gewählt wurden, um die Schüler und Schülerinnen zu vertreten und schulspezifisch agieren zu können. Die einheitliche Wahl der Schülersprecher kann die Stadtverwaltung jedoch weder beeinflussen noch anordnen. Dennoch sagt er zu, die Bitte in die Konferenz mit den Schulleitungen mitzunehmen und den Prozess als Stadt Plauen zu unterstützen, wenn der Bedarf besteht.

Die Probleme in Hinblick auf die Sauberkeit und Ordnung nimmt die Stadt ernst. Herr Bürgermeister Kämpf versichert, dass man mit der Gebäude- und Anlagenverwaltung daran arbeite, die Mängel abzustellen und nachhaltig Verbesserungen herbeizuführen. Natürlich kann es durchaus vorkommen, dass aufgrund des Handwerker mangels die Mängel teilweise erst spät behoben werden. Ferner ergänzt er, dass es immer eines entsprechenden Haushaltsbudgets bedarf, um Instandhaltungsmaßnahmen umsetzen zu können.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SGI-Fraktion, erkundigt sich, ob die AG Kinder- und Jugendbeteiligung noch fortgeführt wird, da schon lange keine Sitzungen stattgefunden haben.

Herr Bürgermeister Kämpf gibt zur Antwort, dass die AG Kinder- und Jugendbeteiligung aus dem Aspekt entstanden war, eine Plattform für Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Zu der Jugendbeteiligung gab es durchaus noch ein Treffen mit verschiedenen Akteuren, um eine neue Überarbeitung auf den Weg zu bringen. Dennoch möchte er dafür keine weiteren Gremien dazu einberufen. Stattdessen schlägt er vor, den Fokus auf die Schüler- bzw. Klassensprecher zu setzen, da die Kinder und Jugendlichen durch diese an ihren Schulen bereits vertreten werden.

Herr Stadtrat Holtschke fragt, warum dafür ein neues Gremium notwendig sei. Es gibt bereits ein Gremium für die Kinder- und Jugendbeteiligung. Er möchte explizit wissen, ob die AG nun fortgeführt wird.

Herr Bürgermeister Kämpf möchte die Themen dort platzieren, wo diese auch entschieden werden. Daher ist es ihm wichtig gewesen, die Schülersprecher zum heutigen Bildungs- und Sozialausschuss anzuhören. Zudem gab es Rückmeldungen, dass es für die ehrenamtlichen Stadträte und Stadträtinnen teilweise schwierig sei, die Termine wahrzunehmen. Wenn die Stadträte jedoch die Fortführung der AG wünschen, dann würde er es respektieren, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Herr Stadtrat Legath möchte wissen, ob nur die Schüler und Schülerinnen der Stadt Plauen an der Konferenz teilgenommen haben. Gemäß der Kinderrechtskonvention wären alle Kinder und Jugendlichen der Stadt Plauen unter 27 Jahren in die Kinderkonferenz einzubeziehen. Da dies nicht der Fall war, stellt es aus seiner Sicht kein klares Ergebnis dar.

Herr Bürgermeister Kämpf merkt an, dass es bei der Kinderkonferenz vordergründig um die Schülerinnen und Schüler bzw. um die Kinder in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Plauen ging. Er hofft, dass aus den Ergebnissen der ORBIT Studie neue Erkenntnisse auch von älteren Zielgruppen gewonnen werden können. Auch sei es wichtig, den Fokus auf die Schülersprecher zu legen und ihre Aufgaben als Vertreter der Kinder und Jugendlichen an der Schule zu stärken.

Frau Beatrice Parthon, sachkundige Einwohnerin, bedankt sich für die Präsentation. Sie sagt, es sei ein tolles Format, um die Kinder und Jugendlichen zu beteiligen. Es sei auf jeden Fall sinnvoll, weil die Themen und Belange von allen Plauener Schulen gebündelt werden. Weiter möchte Frau Parthon erfahren, ob die Thematik Drogen an Schulen in der Kinderkonferenz genannt wurde oder ob durch die Schule bzw. die Lehrer eine entgegengesetzte Haltung, die Kinder und Jugendlichen zu stärken, ausreichend ist.

Frau Horo antwortet, dass das Thema Drogen zur Kinderkonferenz nicht thematisiert wurde. Das Problem mit den Drogen besteht dennoch an vielen Schulen. Dagegen ist die mentale Gesundheit angesprochen worden. Wenn diese nicht in Ordnung ist, dann bestehe durchaus eine erhöhte Neigung zu Drogenkonsum.

Herr Bürgermeister Kämpf ergänzt, dass nächstes Jahr zahlreiche Präventionsmaßnahmen in Bezug auf die Sucht- bzw. Drogenprävention sowie Mobbingprävention an den Schulen geplant sind. So werden Schulungen und Workshops für Lehrkräfte und Schulklassen durchgeführt. Zudem möchte man die Suchtpräventionsprogramme in jeder Schulklasse fest etablieren.

Frau Horo bestätigt, dass in der 7. Klasse der Rückertschule bereits Suchtprävention durchgeführt wird. Für den Anfang findet sie das zwar gut, sieht jedoch den höheren Aufklärungsbedarf eher in den älteren Klassen. Sie wünscht, dass die Suchtprävention auch in älteren Klassenstufen eingeführt wird.

Herr Bürgermeister Kämpf versichert, dass dieses Projekt auch weitergeführt wird. Das Projekt wurde eben für die 7. Klassen konzipiert, um die Kinder so früh wie möglich zum Thema Drogen aufzuklären und zu sensibilisieren.

Zum Schluss danken Herr Bürgermeister Kämpf und der gesamte Bildungs- und Sozialausschuss den beiden Jugendlichen und verabschieden sie.

### 3. **Vorberatung**

#### 3.1. **Satzung zur 5. Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die 4. Änderungssatzung vom 19.11.2019, 0944/2023**

- **Antrag der SGI-Fraktion, Reg.-Nr. 364-23 - Stellungnahme der Verwaltung**
- **Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 367-23 - Stellungnahme der Verwaltung**

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, führt aus, dass die Kostensteigerung in der Kinderbetreuung zum einen auf die Tarifabschlüsse und zum anderen auf die Energiekostenentwicklung zurückzuführen ist. Zum größten Teil werden die Kosten durch die Stadt Plauen und das Land getragen. Dennoch müssen die Eltern auch einen Beitrag leisten. Durch die Anträge der SGI- und CDU-Fraktion ist es deutlich geworden, dass man den Eltern in der aktuellen Situation keine höheren Gebühren zumuten möchte.

Im Umkehrschluss bedeutet es jedoch, dass die Stadt Plauen die Kosten komplett tragen müsste. Dies stellt für die Stadt eine ziemlich große Belastung dar.

Im Hinblick auf die familienfreundliche Stadt hat man sich dazu entschlossen, den Anträgen der SGI und der CDU Fraktion zu folgen, sodass für das kommende Jahr keine Erhöhung der Kindergarten- und Hortbeiträge vorgenommen wird. Die Kostenerhöhung wird somit von der Stadt Plauen übernommen, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Im Bereich Kinderkrippe muss allerdings auf Mindestmaß erhöht werden. Er bittet Herrn Hoffmann die Vorlage vorzustellen.

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, stellt die Verwaltungsvorlage – Drucksachenummer: 0944/2023 vor.

Schlussendlich ergänzt er, dass die Stadtverwaltung trotz der Entlastung für die Familien die prekäre Haushaltslage im Blick behalten muss. Die Einnahmen der Stadt sollten nicht unnötig gemindert werden. Derzeit handelt es sich um eine Minimallösung von 15 % Erhöhung im Krippenbereich. Die Kindergarten- und Hortbeiträge bleiben stabil wie schon in 2023. Durch die erwarteten Kostensteigerungen aufgrund von höheren Tarifabschlüssen und steigenden Energiekosten ist jedoch davon auszugehen, dass der Krippenbeitrag in 2025 deutlich über

das Mindestmaß erhöht werden muss.

Herr Bürgermeister Kämpf bedankt sich für die Ausführungen und bittet die SGI- und die CDU-Fraktion ihre Anträge vorzutragen.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SGI-Fraktion, stellt den Antrag Reg.-Nr. 364-23 vor. Im Antrag sieht er ein wichtiges Signal an die Familien, diese zu entlasten bzw. nicht noch zusätzlich zu belasten. Die Fraktion hätte sich vorstellen können, die Übergangsregelung längerfristig fortzuschreiben. Dennoch ist seine Fraktion zufrieden, dass die Stadtverwaltung der Intuition gefolgt ist und die Beiträge stabil halten möchte. Der Antrag bedarf daher keiner Abstimmung.

Herr Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, hat dem Antrag seiner Fraktion nichts mehr hinzuzufügen. Die Stadtverwaltung ist dem Antrag seiner Fraktion, die Übergangsregelung für das kommende Jahr 2024 zu verlängern, nachgekommen.

Herr Bürgermeister Kämpf stimmt zu, dass beide Anträge keiner Abstimmung bedürfen, da diese als erfüllt angesehen werden.

Herr Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass seine Fraktion der Erhöhung nicht zustimmen wird. Mit dem Hintergrund der aktuellen Mitteilungen, dass die Inflationsrate und die Energiepreise sinken, hält er es für vertretbar, die Elternbeiträge nicht auf 15 % anzuheben, so Herr Legath weiter.

Weiter gibt er zu bedenken, dass gerade im Bundesland Bayern die Lebenshaltungskosten deutlich höher sind und es durchaus einige Landkreise gibt, die entweder gar keinen Krippenbeitrag oder einen deutlich niedrigen Krippenbeitrag haben. Seiner Ansicht nach ist das Land in der Pflicht, die Kommunen zu entlasten, um eine deutliche Verbesserung darzustellen.

Ferner sei ihm ein Fehler in der Anlage 1 aufgefallen, die als Ergänzung zur Satzung dienen soll. In der Anlage spricht man von der Kinderkrippe mit dem Beitragsatz. In der Satzung dagegen ist die Rede vom Krippenalter. Dabei bringt er folgendes Beispiel an:

*„Verlässt ein Kind mit zweieinhalb Jahren die Kinderkrippe, zahlt die Familie nach bisheriger Regelung den vollen Krippenbeitrag für das nächste halbe Jahr weiter, obwohl das Kind nicht mehr die Kinderkrippe, sondern schon den Kindergarten besucht.“*

Somit sind die Anlage und die Satzung widersprüchlich zueinander. Da sollte eine sprachliche Regelung gefunden werden. Er ergänzt, dass die Redewendung im § 4 unter Punkt 1 der Satzung zu finden sei. Die Anlage unterteilt nur Kinderkrippe und Kindergarten, so Herr Legath weiter. Er möchte wissen, wie die Verwaltung dies lösen möchte.

Herr Bürgermeister Kämpf antwortet, dass die Krippengebühr grundsätzlich bis zum 3. Lebensjahr definiert ist, unabhängig davon, wie die einzelne Betreuungsform in der Kita geregelt wird. Es ist selbstverständlich, dass es auch eine Übergangsphase gibt, wenn ein Kind je nach Entwicklungsstand in eine andere Gruppe wechselt. Es handelt sich um eine gängige Praxis. Die Ausführungen bezüglich der Erhöhung kann er jedoch nicht nachvollziehen.

Weiter führt er aus, dass weder die Hort- noch die Kindergartenbeiträge erhöht werden, obwohl die Kosten entsprechend gestiegen sind. Die Kosten, die letztendlich die Eltern zu tragen hätten, übernimmt nun die Stadt Plauen. Lediglich im Krippenbereich steigen die Kosten. Da ist gesetzlich festgeschrieben, dass es dort Mindestgrenzen gibt, die einzuhalten sind. Die Eltern werden schon maximal entlastet, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Ergänzend erklärt Herr Hoffmann zur Begrifflichkeit, dass Kinder- und Krippenalter so geregelt sind, dass es auch für Kindertagespflege gelten muss, da dort auch Kinder bis zum Grundschulalter betreut werden könnten. In der Regel sind es aber Kinder, die im Krippenalter wären und dann noch weitergehen.

Um für diese Kinder, die weder im Kindergarten noch in der Kinderkrippe sind, die Beiträge festsetzen zu können, habe man entsprechend den Begriff Alter gewählt. Es könnte die historische Erklärung sein, warum dies so in der Satzung gefasst wurde.

Bezüglich der Erhöhung stimmt er dem Bürgermeister Kämpf zu und sagt, dass die Kommune nach § 15 Abs. 2 des SächsKitaG an die Mindestgrenzen gebunden sei. Dabei handelt es sich um eine Soll-Regelung. Bei der aktuellen Haushaltslage kann er nicht erkennen, dass auf die Erhöhung verzichtet werden könnte.

Herr Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., stellt nochmal klar, dass seine Aussage bezüglich der Erhöhung nicht Kita- und Hortbeiträge betrifft. Auch wenn es sich um eine historische Herleitung handelt, sollte es dennoch sprachlich klar geregelt werden. Weiter kritisiert er, dass die Stadt Plauen sich nicht in der Lage sieht von der Erhöhung abzuweichen, obwohl es möglich wäre.

Herr Bürgermeister Kämpf kommt auf die Aussage zurück und fragt, ob Herrn Legath das Verfahren zur Berechnung der Elternbeiträge bekannt sei. Die Aussage über zukünftige Inflationsentwicklung hat nichts mit der Berechnung der Elternbeiträge zu tun. Für die Berechnung werden generell die Personal- und Sachkosten des vergangenen Jahres herangezogen.

Bei dieser Entwicklung ist jetzt schon davon auszugehen, dass durch die weiter steigenden Personal- und Sachkosten auch die Elternbeiträge in den nächsten Jahren weiter ansteigen werden. Allein mit dem Landeszuschuss können die gestiegenen Kosten nicht ansatzweise kompensiert werden. Im Zuge einer familienfreundlichen Stadt und um die Eltern aufgrund der aktuellen Inflationsentwicklung finanziell zu entlasten, wird die Stadt Plauen dieses Jahr für die zusätzlichen Kosten aufkommen, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Zum Schluss trägt Herr Stadtrat Schumann den Antrag seiner Fraktion vor. Der Antrag wurde vor der Sitzung in Papierform ausgeteilt.

Herr Stadtrat Gerald Schumann, AfD-Fraktion, erklärt, dass es sich um einen redaktionellen Antrag handelt. Ihm ist bei der Durchsicht der Anlage 1 aufgefallen, dass die täglichen Betreuungsstunden aufgelistet sind. Da man jedoch von der starren Regel wegkommen und zu einer flexibleren Gestaltung hinarbeiten möchte, sollen nur einzelne Wochenstundenpakete dargestellt werden.

Er schlägt vor, die Formulierung „Stunden täglich“ zu streichen und stattdessen nur 22,5 und 30 Wochenstunden abzubilden. Zusätzlich soll eine wöchentliche Betreuungszeit von 40 Stunden hinzugefügt werden.

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, kann dem Antrag der AfD-Fraktion nicht folgen. Er erläutert, dass 4,5 und 6 Stunden grundsätzlich zur Eingewöhnung benötigt werden. Dabei handelt es sich um eine flexible Gestaltung der Betreuungsstunden, da diese sehr individuell gebraucht werden. Zur Beitragsgrundlage müssen die täglichen Stunden benannt werden.

Zudem werden die Wochenstundenpakete zum Jahresbeginn noch nicht einheitlich eingeführt werden können, da die Voraussetzungen noch nicht an allen Kindertageseinrichtungen geschaffen worden sind. Derzeit befindet man sich noch in einer Testphase. Erst nach der Auswertung wird man entscheiden, in welchen Einrichtungen die Wochenstunden-Pakete eingeführt werden.

Herr Bürgermeister Kämpf ergänzt, dass die Wochenstunden-Pakete perspektivisch eingeführt werden sollen. Derzeit wird das Wochenstunden-Modell bei 3 Kitaeinrichtungen getestet. Bei kleineren Einrichtungen ist die Herausforderung aufgrund der Personalorganisation größer. Zudem werden die 40 Wochenstunden-Pakete in den Testeinrichtungen teilweise schon praktiziert. Für die Übergangsphase ist es wichtig, sowohl die Stunden- als auch die Wochenstunden-Pakete abzubilden. Die Stundenfestschreibung ist gerade bei einer Eingewöhnung notwendig.

Herr Bürgermeister Kämpf fragt Herrn Stadtrat Schumann, ob seine Fraktion mit den Erklärungen einverstanden sei. Die Intention zu den Wochenstunden-Paketen wird schon teilweise umgesetzt, jedoch ist es noch nicht in allen Einrichtungen möglich. Daher möchte er die Anlage gern so belassen.

Herr Hoffmann fügt hinzu, dass es auch noch Eltern gibt, die Wochenstunden-Pakete gar nicht nutzen. Für sie braucht man ebenfalls eine Berechnungsgrundlage. Schon aus diesem Grund können nicht nur Wochenstundenpakete abgebildet werden, sondern auch die durchschnittliche tägliche Betreuungszeit.

Herr Stadtrat Schumann sieht eigentlich kein Problem darin, die Stunden wöchentlich zu definieren. Die Stadt ist in der Pflicht nachzusteuern, denn die Arbeitszeiten werden sich in den nächsten Jahren in Richtung 4-Tage-Woche bewegen. Das wird bereits in mehreren Kommunen umgesetzt. Er ist mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden, dennoch sollte die Grundrichtung schon beibehalten werden. Wenn natürlich noch Zeit für die Testphase benötigt wird, dann geht seine Fraktion mit dem Vorschlag der Stadtverwaltung mit.

Herr Stadtrat Thomas Salzmänn, CDU-Fraktion, versteht zwar das Prinzip, ist dennoch unsicher, ob die Festsetzung von Stunden aufgrund der Personalsituation überhaupt so an den Kindertageseinrichtungen funktioniert. Die ungleichmäßige Wochenstundenverteilung könnte vom Personal gar nicht abgedeckt werden.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SGI-Fraktion, findet die Diskussion unpassend. Es ist ein redaktionelles Thema. Die Formulierungen in der Anlage sind nachvollziehbar. Es stehe zudem außer Frage, dass das Wochenstundenmodell eingeführt werden soll. Derzeit müssen jedoch noch beide Modelle abgebildet werden.

Herr Bürgermeister Kämpf stimmt zu, dass beide Regelungen in der Übergangsphase notwendig sind. Auch kann man derzeit nicht sicher sagen, ob nach der Testphase alle Einrichtungen mit dem Wochenstundenpaket betrieben werden können. Natürlich habe man bei größeren Einrichtungen eine gewisse Flexibilität im Einsatz von Personal. In den kleineren Einrichtungen ist es dagegen schwer umsetzbar, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Weiter fragt er, ob die AfD-Fraktion ihren Antrag abstimmen lassen möchte oder diesen zurücknimmt.

Herr Stadtrat Schumann möchte den Antrag nicht abstimmen lassen, da es sich um einen rein redaktionellen Aspekt handelt. Beide Varianten können durchaus parallel laufen. Die Intuition hinter dem Antrag war, einerseits Flexibilität für die Eltern zu schaffen und andererseits Erleichterungen für die pädagogischen Fachkräfte herbeizuführen. So könnten auch Freiräume geschaffen werden, sodass auch das Betreuungspersonal weniger arbeiten könnte.

Herr Bürgermeister Kämpf sieht keine Chance Personal einzusparen. Es gehe eher darum, die Betreuung bei größerer Anzahl der Kinder gut sicherzustellen. Auch die Kita-App wird ein Hilfsinstrument dafür sein. Er stellt fest, dass die vorgelegte Elternbeitragsatzung abgestimmt wird.

Ferner hat er noch eine Bitte an die Presse, ebenfalls über die guten Nachrichten entsprechend zu berichten. Plauener Familien haben eine gute Lebensgrundlage. Trotz gestiegener Preise werden die Kosten für Kitabetreuung konstant gehalten. Ferner profitieren die Kinder bei Plauener Museen und der Bibliothek von der kostenfreien Nutzung. Zudem kann die Stadt Plauen eine gute Infrastruktur an Schulen und Kitaplätzen vorweisen. Gute Freizeitmöglichkeiten und günstiger Wohnraum runden das Stadtbild ab. Das alles gehört zu einer familienfreundlichen Stadt. Mit dem heutigen Beschluss ist es ein weiteres Argument nach Plauen zu ziehen. Zu guter Letzt verliert Herr Bürgermeister Kämpf den Beschlussvorschlag.

*„Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 5. Änderung der Satzung über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die*

*Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragsatzung).“*

Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses stimmen wie folgt ab:

**6 JA-Stimmen            1 Nein-Stimme            0 Enthaltungen**

**3.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Wohnungslosenunterkünfte -, Reg.-Nr. 366-23 -  
Stellungnahme der Verwaltung**

Herr Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., korrigiert zunächst, dass es sich bei dem Thema Heizmaterial für die Kohleöfen um die Wohnungslosenunterkunft an der Stöckigter Straße handelt und nicht um alle Wohnungslosenheime der Stadt Plauen. Danach stellt er den Antrag Reg.-Nr. 366-23 vor.

Zum einen sollten in der Wohnungslosenunterkunft an der Stöckigter Straße langfristig Verbesserungen für die Bewohner geschaffen werden. Dabei sollte der Stadtrat aktiv mitgenommen werden sowie soll seitens der Verwaltung ein Zeitplan vorgelegt werden. Zum anderen geht es um diejenigen Bewohner, die bisher nicht von den Sozialhilfeleistungen oder Bürgergeld abgedeckt sind, um da eine Möglichkeit mit dem Landratsamt zu finden, die Kosten für Unterkunft zu übernehmen.

Da die Beschaffung von Heizmaterial dank Spendenaktionen gelungen ist und für die Lagerung ebenfalls Sorge getragen wurde, sind die Punkte 2 und 3 des Antrages erledigt. Somit bleibt nur noch der Punkt 1, so Herr Legath weiter.

Weiter zeigt sich Herr Stadtrat Legath über die Stellungnahme der Stadtverwaltung, den Punkt 1 im Antrag abzulehnen, sehr verwundert. Dabei bezieht er sich auf die Aussagen des Bürgermeisters Kämpf gegenüber der Presse, dass die Stadtverwaltung ohnehin vorhat Verbesserungen an der Stöckigter Straße anzugehen.

Herr Bürgermeister Kämpf richtet eine persönliche Kritik an Herrn Stadtrat Legath und sagt, das Thema sei mehrfach in den Ausschüssen zuvor diskutiert worden. Auch im nichtöffentlichen Teil wurde darüber berichtet, dass die Stadtverwaltung bereits Gespräche führt, um die Heizsituation einerseits zu verbessern und andererseits langfristig bessere Unterkunftsmöglichkeiten zu stellen. Da diese Informationen bereits im Vorfeld bekannt waren, ist Herr Bürgermeister Kämpf über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ebenso irritiert.

Zudem gebe es eine klare Regelung. Wenn jemand Sozialleistungen bezieht, werden die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Regel übernommen. Dafür ist der Landkreis zuständig. Durch die Berichterstattung und den Aufruf in der Presse ist die Öffentlichkeit massiv verunsichert worden. Dies habe nichts mit sozialer Politik zu tun, sondern bietet eine Plattform für Menschen, die sich profilieren möchten. Das war nicht zielführend, so Herr Bürgermeister Kämpf.

So ergänzt er weiter, dass man zwar nicht alle Menschen damit erreichen wird, dennoch ist und bleibt das Ziel der Stadt Plauen, die Menschen langfristig aus der Obdachlosigkeit zu holen. So ist man bestrebt, einen Weg zu finden, um die Unterstützungsangebote zu installieren und auszubauen sowie Möglichkeiten einer besseren Betreuung zu schaffen.

Themen hervorzubringen, die jedoch auf Vermutungen basieren, sehe er als schwierig an. Sollte es der Fall sein, werden auch immer Individuallösungen gefunden. Wenn es einen solchen Einzelfall gebe, hätte man immer einen persönlichen Kontakt zu ihm suchen können. Daher empfiehlt der Bürgermeister den Antrag nicht abzustimmen.

Herr Stadtrat Legath hält am Antrag fest. Weiter sagt er, dass es dem Stadtrat gestattet sein muss, Verbesserungen auf den Weg zu bringen und zu begleiten. Die Aussage, dass Gespräche stattgefunden haben, befindet er für unzureichend und es stellt noch keinen Fahrplan da.

Es wurde weder bekanntgegeben, wann mit den Verbesserungen zu rechnen sei noch ab wann andere Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen könnten. Dass die Stadtverwaltung bereits schon ein Stück weiter war, sei lobenswert.

Mit dem Punkt 1 möchte er der Stadtverwaltung einerseits den Rücken stärken und andererseits wünscht er, dass der Stadtrat über die weitere Vorgehensweise informiert wird, so Herr Legath weiter.

Der Punkt 1 soll abgestimmt werden. Da die Punkte 2 und 3 erledigt sind, wird seine Fraktion die beiden Punkte zurückziehen. Er teilt mit, dass seine Fraktion keine Kenntnis davon hatte, wie weit die Gespräche zwischen der Verwaltung und der WBG fortgeschritten sind. Er lobt die bereits unternommenen Schritte der Verwaltung, es sei ihm dennoch alles sehr unkonkret, er bittet daher den Stadtrat über den weiteren Ablauf zu informieren.

Herr Bürgermeister Kämpf sichert zu, dass die Verwaltung den Stadtrat fortlaufend informieren wird und der Antrag daher keiner Abstimmung bedarf.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SGI-Fraktion, würde den Punkt 1 des Antrages befürworten. Es gehe darum, die angesprochenen Maßnahmen konkret mit Zahlen und Fakten zu untersetzen. Auch er äußert sich zu den politischen Auswirkungen und kritisiert, dass die Spendenaktion hohe Wellen geschlagen hat. Das politische Ziel wurde ein Stück weit verfehlt.

Herr Stadtrat Thomas Fiedler, SGI-Fraktion, möchte wissen, ob auch elektrische Heizgeräte an der Stöckigter Straße vorhanden sind und genutzt werden. Falls nicht, fragt er, ob es geplant ist solche Heizgeräte anzuschaffen.

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, antwortet, dass die Heizgeräte privat von den Bewohnern genutzt werden.

Herr Bürgermeister Kämpf verspricht, zusammen mit der WBG und der Diakonie nach Lösungen zu suchen und wird über die Ergebnisse zeitnah berichten. Das Ziel ist, die Menschen aus der Obdachlosigkeit zu holen, aber auch die Eigenverantwortung zu stärken.

Es wird nur zu Punkt 1 des Antrages Reg.-Nr. 366-23 abgestimmt.

Herr Bürgermeister Kämpf verliest den Punkt 1 im Antrag.

*„Die Stadtverwaltung Plauen wird beauftragt:*

*1. Verbesserungen bei der Unterbringung von Menschen in Wohnungslosenunterkünften in die Wege zu leiten. Hierfür ist dem Stadtrat innerhalb eines halben Jahres nach diesem Beschluss eine entsprechende Zeitschiene und ein Maßnahmenplan vorzulegen.“*

Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses stimmen wie folgt ab:

**4 JA-Stimmen            1 Nein-Stimme            2 Enthaltungen**

Herr Stadtrat Fiedler sagt, es sei ihm persönlich wichtig, dass man langfristig von den Kohleöfen wekommt. Es sei keine gesunde Heizart, zudem bestehe auch noch Kohlenmonoxid-gefahr.

Herr Bürgermeister Kämpf versichert, dass dies auch das Ziel der Verwaltung sei. Daher hat man informiert, dass die Verwaltung nach Lösungen bzw. einem neuen Objekt sucht, das mit einer Zentralheizung ausgestattet ist. Zudem sollen im Umfeld Unterstützungssysteme integriert werden, die sowohl der Kontrolle, aber auch der Hilfestellung dienen und Ausstiegsmöglichkeiten oder Eingliederungshilfen bieten. Zusammen mit der Wohnungsbaugesellschaft, dem Verein Wohn- und Lebensräume e.V. und in Abstimmung mit der Diakonie werden entsprechend Vorschläge unterbreitet, sobald ein geeignetes Objekt gefunden wurde.

Ferner müssen wir aber auch sicherstellen, dass das Umfeld entsprechend geschützt ist. Es gibt manchmal Gründe, warum die Menschen in gewissen Einrichtungen sind und in anderen Einrichtungen der Stadt eben nicht mehr sind. Im Hinblick auf den Schutz von Frauen und Kindern, auf die Prävention und auf das Thema Vandalismus muss man das letztendlich auch

berücksichtigen, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

#### 4. **Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SGI-Fraktion, berichtet von einem Bürgeranliegen. Demnach wird beklagt, dass es aufgrund der Baumaßnahmen eine schlechte Busanbindung von der Innenstadt/Tunnel in Richtung Chrieschwitz gebe. Es ist nur noch mit Umstieg am Albertplatz möglich. Im Stadtteil Chrieschwitz leben viele ältere Menschen. Die Anfrage kommt von einer älteren Dame, die mit dem Umstieg Schwierigkeiten hat. Da die Baumaßnahmen mehrere Jahre dauern sollen, möchte er wissen, ob Nachbesserungen geplant sind. Er bittet um schriftliche Beantwortung.

Herr Stadtrat Thomas Fiedler, SGI-Fraktion, nimmt die Anfrage zum Aufsichtsrat der Plauener Straßenbahn mit.

Herr Bürgermeister Kämpf sagt, das Thema Brückenbau stellt die Plauener Straßenbahn vor große Herausforderungen. Natürlich müssen Übergangslösungen gefunden werden. Die Anfrage kann daher an die Straßenbahn direkt bzw. an Herrn Stadtrat Fiedler als Aufsichtsrat der Plauener Straßenbahn zur Diskussion über Alternativlösungen weitergegeben werden.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SGI-Fraktion, fragt nach dem Stand zum Antrag „Soziale Orte“. Er möchte wissen, ob die Entscheidung gefallen ist und ob Sozialarbeit am Tunnel gefördert wird.

Herr Bürgermeister Kämpf berichtet, dass die Stadt Plauen den Zuschlag bekommen hat. Durch die Förderung kann mit den entsprechenden Akteuren im Bereich des Tunnels Sozialarbeit im Begegnungscafé angeboten werden, auch mit dem Ziel zusätzliche Angebote wie Drogenprävention, Arbeitsvermittlung etc. dort gezielt zu integrieren. Die Markus-Paulus-Kirchgemeinde ist federführend bei diesem Projekt. Mit der Kirchgemeinde finden bereits Abstimmungen bezüglich des Gebäudes statt, sodass man im Folgejahr starten kann. Hierzu wird jedoch noch eine ausführliche Information im Januar oder Februar 2024 folgen.

Plauen, den

Plauen, den

Tobias Kämpf  
Bürgermeister GB I

Thomas Fiedler  
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Ellen Rotaj  
Schriftführerin

Thomas Salzmann  
Stadtrat